

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1872**

16.5.1872 (No. 115)



# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 16. Mai.

N. 115.

Vorauszahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.  
Einzahlungsbücher: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1872.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschliessung vom 10. Mai den ordentlichen Professor der Rechte Dr. Rudolf Sohn in Freiburg auf sein Ansuchen behufs Uebernahme einer Professur an der Universität Straßburg auf den 1. Oktober l. J. aus dem badischen Staatsdienste gnädigst zu entlassen geruht.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Rom, 13. Mai. Der frühere französische Gesandte beim päpstl. Stuhle, Graf d'Harcourt, hat heute sein Abberufungsschreiben überreicht. Sein Nachfolger, Graf Bourgoing, wird morgen vom Papste behufs Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen werden.

† Wien, 13. Mai. Die Königin von Württemberg und die Großfürstin Vera sind heute früh hier angekommen.

† London, 14. Mai. Nach Washingtoner Depeschen stellt der von England vorgeschlagene Zusatzartikel zum Washingtoner Vertrage als beide Theile gegenständig bindendes Prinzip auf, daß nur direkte Schadenanprüche bei Neutralitätsverletzungen zulässig sind. Hiernach werde Amerika mit der Annahme des Artikels die indirekten Forderungen zurückziehen.

### Deutschland.

Karlsruhe, 15. Mai. Ihre Königliche Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin sind heute früh 1 Uhr 45 M. von Schloß Mannau in die Residenz zurückgekehrt.

An dem heutigen Audienztage wurden unter Andern folgende Militär- und Zivilpersonen von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog empfangen: Major Graumann vom 5. bad. Infanterieregiment Nr. 113, Premierlieutenant von Wänker vom bad. Feldartillerie-Regiment Nr. 14, Geheimrath von Dusch, Kreisgerichts-Direktor von Stöcker, Regierungsrath Batschauer, Regierungsassessor Felsenbeck, Prof. Haupt und Militär-Oberpfarrer Schmidt. Sämmtliche angemeldete Personen wurden in der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags empfangen.

Ihre Majestät die Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen ist heute Nachmittag 4 Uhr nach 4 Uhr auf der Reise von England nach Baden mit der Rheinthal-Bahn hier eingetroffen, wurde von K. K. H. dem Großherzog und der Großherzogin am Bahnhof empfangen und in das großh. Schloß geleitet. Nach mehrstündigem Aufenthalt setzte Ihre Majestät die Reise nach Baden fort, wo Allerhöchstdieselbe zum Kurgebrauch längere Zeit verweilen wird.

Kolmar, 12. Mai. Der Bezirkspräsident Frhr. v. d. Seydt sagt in einem Erlaß an die Kreisdirektoren und die Schulinspektoren:

Ich habe mit Bedauern bemerkt, daß meine Anordnungen vom 7. Mai 1872, betreffend Einführung der deutschen Sprache als Unterrichtssprache in den Gemeinden des deutschen Sprachgebietes in den Kleinkinderschulen (salles d'asyle) und in den Privatschulern theilweise nur in sehr beschränkter Weise zur Durchführung gelangt sind. Die Herren Kreis-Schulinspektoren, deren Aufsicht beide Arten von Anstalten unterstellt sind, werden der Einführung der deutschen Sprache in denselben — rückständig der Kleinkinderschulen unter Beachten mit dem Aufsichtsausschuß (Comité de Patronage), wo ein solches vorhanden — ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Für die Privatschulern sind spezielle Lehrpläne aufzustellen.

Von der Schwizergrenze, im Mai. Der in Bern erscheinende „Bund“ schreibt:

Von eltsässischen Ärzten und Apothekern ist Klage darüber geführt worden, daß unmittelbar an der Grenze niedergelassene schweizerische Ärzte unbefugter Weise ihre Praxis auf deutsches Gebiet ausgedehnt hätten; andererseits kann aber nicht verkannt werden, daß für manche dicht an der Grenze gelegene Ortschaften ärztliche Hilfe bequemer und leichter zu erreichen ist, wenn sie dieselbe aus den ihnen nahe gelegenen schweizerischen Ortschaften herbeiführen können, als wenn sie sich an den entfernter wohnenden deutschen Arzt wenden müssen. Diesen Umständen Rechnung tragend, hat das Reichskanzleramt dem schweizerischen Gesandten in Berlin die Eröffnung zugehen lassen, daß die deutsche Regierung bereit sei, den nahe an der Grenze wohnenden Ärzten, welche um die Erlaubnis zur Betreibung ärztlicher Praxis jenseits der elsäss-lothringischen Grenze nachsuchen, solche Erlaubnis unter Vorbehalt der bestehenden Medizinalverordnung zu erteilen, sofern schweizerischer Seite Gegenrecht für eltsässische Ärzte gehalten würde. Der Bundesrath hat den Regierungen der betreffenden Grenzkanzone von diesem Anerkenntnis Kenntnis gegeben mit der Einladung, sich darüber auszusprechen.

Metz, 10. Mai. Heute früh hat in Metz die Prüfung der jungen Leute stattgefunden, welche zum einjährigen freiwilligen Dienst in der Armee zugelassen werden wollen. Von den 8 Kandidaten haben 5 das Examen be-

standen, 3 dasselbe nicht bestanden. Letztere werden Gelegenheit haben, bei der diesjährigen Herbstprüfung sich einem nochmaligen Examen zu unterziehen. — Diesen Morgen haben sich im Hotel de l'Europe die Direktoren der elsäss-lothringischen und südwestdeutschen Eisenbahnen versammelt, um über Anschlüsse, Tarife u. s. w. eine Vereinbarung herbeizuführen. Von 26 Herren, welche ihr Erscheinen zugesagt hatten, waren bereits 18 eingetroffen. Morgen sollen die beabsichtigten Unterhandlungen zu einem definitiven Abschluß gebracht werden.

Stuttgart, 14. Mai. Die sowohl hier wie auswärts verbreiteten Gerüchte, die theilweise sogar als positive Thatsachen gegeben wurden, über angeblich bereits erfolgte Ernennung eines Ministers des Innern an Stelle des am Ostermontag verstorbenen Ministers v. Scheurelen entbehren jeder Begründung, indem bis jetzt eine solche Ernennung noch nicht erfolgt ist. Allerdings dürfte dieselbe noch in dieser Woche erfolgen; bis heute ist es aber, wie in unternichteten Kreisen auf's bestimmteste versichert wird, noch nicht der Fall gewesen. Wenn vollends ein Telegramm von vorgestern in Wiener Blättern die Ernennung des Obertribunalraths Fehr v. Holzschuber, eines der jüngeren lebenslänglichen Mitglieder der Kammer der Standesherren, als bereits zum Minister des Innern ernannt bezeichnet, so ist dies um so auffälliger, als derselbe seither noch gar nicht in Frage gekommen sein soll. Diejenigen Namen, die mit größerer Wahrscheinlichkeit genannt werden, sind die des Staatsraths Dr. v. Sarwey, Abgeordneter von Graßheim, und des Oberbürgermeisters und Abgeordneten von Stuttgart, v. Sick. Man glaubt, daß längstens bis Freitag die Sache entschieden sein werde. — Sache des neuen Ministers wird es dann sein, Sr. Maj. dem König und dem Gesamtministerium einen Kandidaten für die erledigte Stelle eines lebenslänglichen Mitgliedes der Kammer der Standesherren in Vorschlag zu bringen, welcher an die Stelle des kürzlich verstorbenen Staatsraths v. Sigel tritt. — Seit einigen Tagen weilt der österreichische Staatsminister A. Dr. Schöffle, Handelsminister im Kabinett Hofenwart, mit Familie in Stuttgart, wo er bei seinen Verwandten Wohnung genommen hat.

München, 13. Mai. Bezüglich der Besetzung des Speyerer Bischofsstuhls erfährt der „Bayr. Kur.“ aus authentischer Quelle, daß dem Abt Haneberg allerdings von Seiten der Staatsregierung die Bischofsstelle angetragen worden sei, und daß in Rom ein Bedenken gegen die Uebernahme derselben nicht bestesse. Der Hr. Abt aber habe von vornherein erklärt, er könnte nur durch einen ausbrüchlichen Wunsch des hl. Vaters bewogen werden, dem Antrag der Regierung Folge zu geben. Der „Bayr. Kurier“ fügt dieser Nachricht folgende Bemerkung bei: „Ob man in Rom schon in Rücksicht auf die theologische Fakultät und das Sicut St. Bonifaz weiter in den Hr. Abt dringen wird, ist nun die Frage der nächsten Zukunft.“

München, 14. Mai. Die Gesundheit des Prinzen Otto in Nymphenburg bessert und kräftigt sich von Tag zu Tag. Die schönen Tage der letzten Zeit haben ihm sogar schon erlaubt, alle Morgen einen Ritt durch den Schloßpark zu machen; die Nervenzuckungen haben gänzlich aufgehört und die vollständige Heilung wird wohl ein Aufenthalt in Italien, wahrscheinlich an den Ufern des Comersee's, bringen.

Nach Feststellung der nach preussischen Normen durch die unter Generalmajor v. Drff niedergesetzte Reglementscommission bearbeiteten neuen Exerciervorschriften für die Compagnie und das Bataillon der Infanterie und Jäger wird in Bayern ein „Lehrbataillon“ errichtet werden; in regelmäßigen Turnus werden von sämmtlichen Infanterie- und Jägerabtheilungen Offiziere und Unteroffiziere zur Absolvierung eines Kurzes in demselben kommandirt, um dann ihrerseits nach ihrer Rückkehr zu ihrer Abtheilung als Lehrer zu fungiren.

Jena, 12. Mai. Von einer großen Anzahl der angesehensten Geistlichen, denen sich viele hervorragende Männer des Laienstandes angeschlossen haben, ist in Sachen der kirchlich gemäßigten Prediger Sydow und Liseo eine Erklärung erlassen worden, welche sich gegen das jenen freigesetzten Berliner Geistlichen drohende Keßgericht wendet und eine eben so würdige als nachdrückliche Sprache führt. Diese Erklärung ist dem Kultusminister Falck übergeben und soll auch an andere hohe und geeignete Adressen befördert werden. Nach einer unzweideutigen Beurtheilung jener zelotischen Bestrebungen und einer Verwahrung zu Gunsten sowohl der Glaubensstreue als der evangelischen Freiheit fährt die erwähnte Erklärung fort:

Es ist zur Zeit noch nicht gelungen, den unserer heutigen theologischen Erkenntnis entsprechenden Ausdruck des gemeinsamen evangelischen Glaubens zu finden. Vielmehr hat es die geschichtliche Entwicklung unserer Kirche selbst im Zusammenhange mit der Gesamtweltentwicklung unseres geistigen Lebens mit sich gebracht, daß man inner-

halb der Kirche die Grenzlinien zwischen Inhalt und Form des evangelischen Bekenntnisses gegenwärtig sehr verschieden bestimmt. Diese Entwicklung ist nicht willkürlich von Einzelnen gemacht, sondern unter göttlicher Leitung geworden. Ein wahrhaft gewisser und freudiger Christenglaube wird dieser Leitung des Geistes Gottes und Christi auch ferner vertrauen und seinem Willen in der Gemeinde wie in den Einzelnen freien Spielraum verschaffen. Versucht man aber die Arbeit des nach Wahrheit suchenden Geistes nach eigenem willkürlichen Ermessen in unübersteigbare Schranken zu bannen, so steht zu befürchten, daß unsere Kirche vor lauter vermeintlicher Treue gegen das Bekenntnis sich in Widerspruch setze mit ihrem eigenen Geist, in Widerspruch mit dem Prinzip, dem sie ihr Dasein verdankt und von dessen unverbrüchlicher Geltung ihre Selbsterhaltung und ihre gesunde Weiterentwicklung bedingt ist. Darum fühlen sich die Unterzeichneten in ihrem Gewissen gedrungen, auf die schwere Verantwortlichkeit hinzuweisen, welche die demalsten in den meisten deutschen Ländern durch die Gunst der Staatsregierungen in Besitz des Kirchregiments gelangte Partei auf sich laden würde, wenn ihr Bestreben, die andere Richtung aus der Kirche zu verdrängen, ihr gellinge. Wir würden nicht bloß die größte Schädigung der evangel. Kirche selber, sondern auch die schwerste Gefährdung des ganzen Kulturlebens unseres Volkes darin erblicken, wenn gerade die Richtung, welche die innere Vermittlung der Weltkultur und der christlichen Frömmigkeit sich zur hohen Aufgabe gesetzt hat, und die sich damit in wahrer Einheit weilt, sowohl mit dem christlichen Prinzip unserer Kirche, als mit dem gegenwärtigen Leben und Streben unseres deutschen Volkes, für rechtlos und mundtot in der Kirche erklärt würde. Verhängnißvoll wäre es für die evangelische Kirche, wenn es künftig in ihr nicht mehr erlaubt sein sollte, die religiöse Wahrheit des Christentums unabhängig zu stellen von dem Wissensgebiete auf dem Gebiete der Natur- und Geschichtsforschung. Unsere Kirche würde dadurch in die gleiche geistige Erstarrung und feindselige Spannung mit der modernen Gesellschaft und mit dem Staate gerathen, welche man jetzt an der römisch-katholischen Kirche befragt. Verhängnißvoll aber wäre diese Scheidung zwischen einer kulturfeindlichen Kirchlichkeit und einer religionslosen Kultur nicht minder auch für die bürgerliche Gesellschaft, die dann, der unentbehrlichen religiösen Grundlage jeder sittlichen Ordnung beraubt, ihrem unvermeidlichen Verfall entgegenginge.

Würden dagegen die verschiedenen Richtungen der Kirche, die auf dem Grunde des Evangeliums stehen, als gleichberechtigt anerkannt, und lernten sie sich gegenseitig ehrlich und rüchhaltlos vertrauen, so würde die jetzige Parteiverwilderung, die überall mehr zum Zerföhren als zum Bauen dient, aufhören. Nur wenn die leidige Gewohnheit, gegnerische Aeußerungen und Ansichten im denkbar übelsten Sinne zu mißdeuten, einer freundlichen gegenseitigen Beurtheilung und wohlwollenden Verständigung weicht, kann sich allmählig mittelst wechselseitiger Annäherung der jetzt so scharf geschiedenen Richtungen eine bessere und dauerhaftere kirchliche Einheit anbahnen, als sie je durch die Gewaltmaßregeln einer eben so unweisen als unevangelischen Kirchenpolitik zu Stande kommen wird.

### Unterzeichnet sind aus

Baden: Heibelberg: Gaf, Prof., Hauptpastor, Prof., Hühig, Geh. Kirchenr. u. Prof., Holzmann, Prof., Stoy, Prof., Zeller, Prof.; Breisach: R. Schellenberg, Dekan, v. Stöcker, Kreisgerichts-Direktor; Mannheim: Kiefer, Oberstaatsanwalt, Mitgl. d. Reichst., Ramey, Mitgl. d. Reichst., Schellenberg, Dekan. Bayern: Aub, Landtags-Abg., Grämer, Mitgl. des Reichst. und des bairischen Landt., Guter, Landtags-Abg., Gelbert, protest. Pfarrer und Dekan, Landtags-Abg., Jakob, Landtags-Abg., Kraußfeld, protest. Pfarrer, Mitgl. d. Reichst. u. d. bayr. Landt., Marquardsen, Mitgl. d. Reichst. u. d. bairischen Landt., Rothhaas, Landtags-Abg., Wilsert, Landtags-Abg.; Provinz Brandenburg: Berlin u. a.: Bäck, Bonnell, Fischer, Geh. Postath, Kempf, Direkt. des Friedrichsgymn., Kuhn, Direkt. d. Rdn. Gymn., Runge, Direkt. d. Friedrichs-Realschule. (Die Unterzeichnungen in Berlin sind erfolgt, ehe man beschloß, auf Unterschriften am Orte des Schwebenden kirchlichen Konflikts zu verzichten.) Bremen: 4 Pastoren und Kammer-, Redakteur; Elsaß-Lothringen: Straßburg: Professoren Drusch, Rektor d. Univers., Baum, Cuniz, Reuß, Schulz, Angerer. Einige Unterschriften aus Hamburg, Prov. Hannover und viele aus der Prov. Hessen-Nassau. Groß-Hessen: Darmstadt: Dingelby, Ewald, Hinorr, Sell, Pastoren; Friedberg: Prof. Diegel, Köhler, Schwabe; Gießen: Bindewald, Eckstein, v. Herff, Hoffmann, Kempf, Böcker, Zimmermann, Hofgerichts-Rathe, Heß, Hesse, Oden, Flug, Schilling, Schrader, Wasserchleben, Weissenbach, Professoren; Provinz Schleswig-Holstein: Gaase, Hauptpastor, Gatties, Pastor, Lüzemann, Kirchenr. u. Prof. Nisch, Prof. Paul, Gymnasiallehrer, Studt, Pastor; Groß-Odenburg: Späth, Pastor, Gramberg, Pastor, und sämmtliche andere Mitglieder des Predigervereins. Verschiedene Unterschriften aus Prov. Pommern; Königr. Sachsen zahlreiche Unterschriften, in bes. Leipziger Professoren; Prov. Schlesien u. a. Müdiger, Prof. Am zahlreichsten sind die Unterschriften aus den thüringischen Staaten, von wo (Jena) die Erklärung ausgeht. Die Jenaer Unterzeichner sind u. A. Hase, Hilgenfeld, Rypius, Schmidt, D. Pfeilerer, Fortlage, Purtsan, Diefel, Dietel, Eier. Württemberg 24 Unterschriften.

Berlin, 13. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt folgende (telegraphisch bereits ange deutete) authentische Mittheilung:

Der Geschäftsträger beim päpstlichen Stuhle, Hr. v. Derenthall, hatte unter dem 25. April, einer Weisung zufolge, den Kardinal-Staatssekretär vertraulich davon in Kenntnis gesetzt, daß der Kaiser,



sein erlauchter Herr, den Kardinal Fürsten Hohenlohe zum Bot- schafter des Deutschen Reiches bei dem hl. Stuhl zu ernennen gerührt habe, sowie daß Sr. Eminenz der Kardinal Hohenlohe mit nächstem sich nach Rom begeben werde, um sich persönlich zu vergewissern, ob seine Ernennung dem Papst genehm wäre, und um, im Fall günstiger Antwort, alsbald sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Die Tage vom 25. April bis Anfang Mai vergingen ohne eine Rück- änderung seitens der Kurie. Unter dem 1. Mai erhielt der Ge- schäftsträger den Auftrag der Reichsregierung, amtlich anzufragen. Er richtete an demselben Tage an den Kardinal Antonelli das Ersuchen, nach Einholung der Befehle des hl. Vaters ihm zu notifizieren, ob die Wahl Sr. Maj. des Kaisers und Königs Sr. Heiligkeit genehm sei. Hierauf endlich erfolgte unter dem 2. Mai die Antwort der Kurie. Der Kardinal Antonelli entschuldigte sein bisheriges Stillschweigen zu- nächst damit, daß Hr. v. Derenthall das bevorstehende Eintreffen des ernannten Botschafters angelündigt habe, der sich persönlich in Betreff der Genehmigung des Papstes zu vergewissern Willens gewesen sei. Der Staatssekretär hat es sich nach dem zweiten Schreiben nunmehr angelegen sein lassen, die Befehle des Papstes einzuholen, und eröffnet dem Geschäftsträger, daß Sr. Heiligkeit, wiewohl nicht unempfindlich für die Intention des Kaisers, dessenungeachtet in der unangenehmen Lage sei, einen Kardinal der hl. römischen Kirche, zumal bei den gegen- wärtigen Umständen des hl. Stuhles, nicht autorisiren zu können zur Annahme einer so delikaten und wichtigen Angelegenheit.

Wir lassen das amtliche Schreiben des Geschäftsträgers v. Derent- hall, d. d. 1. Mai, und die Antwort des Kardinal-Staatssekretärs vom 2. Mai folgen:

1) „Rom, den 1. Mai 1872.  
Monseigneur! Durch mein Schreiben vom 25. April habe ich die Ehre gehabt, Eure Eminenz davon in Kenntniß zu setzen, daß Sr. Maj. der Kaiser und Königin, mein erhabener Herr, den Hrn. Kar- dinal Fürsten Hohenlohe zum Botschafter des Deutschen Reiches bei dem hl. Stuhl zu ernennen gerührt haben.

Meine Regierung beauftragt mich heute, Eure Eminenz zu ersuchen, daß Sie nach Einholung der Befehle des hl. Vaters mich benach- richtigten wollen, ob diese Wahl Sr. Maj. des Kaisers und Königs Sr. Heiligkeit genehm sein. Genehmigen Sie u. s. w. — De- renthall.“

2) Die Antwort des Kardinals Antonelli lautet in deutscher Ueber- setzung:

„Hochgeehrter Herr! Ich hatte bis jetzt auf die Mittheilung Euer Hochwohlgeborenen vom 25. vergangenen Monats, mit welcher Sie mich über den von Sr. Maj. dem Kaiser und Königin, Ihrem erhabenen Herrn, gefaßten Entschluß, den Hrn. Kardinal Hohenlohe zum Bot- schafter des Deutschen Reiches beim hl. Stuhl zu ernennen, in Kennt- niß setzen, keine Erwiderung gegeben, weil in dieser Mittheilung Sie mir zu erkennen gaben, daß in kurzem die gedachte Eminenz sich nach Rom begeben würde, um sich persönlich zu vergewissern, ob diese Er- nennung dem hl. Vater genehm sei.

Um nun dem in Ihrem gestrigen Schreiben ausgedrückten Wunsche zu entsprechen, habe ich es mir angelegen sein lassen, darüber die Be- fehle des hl. Vaters einzuholen, und ich habe die Ehre, Euer Hoch- wohlgeborenen zu eröffnen, daß, während Sr. Heiligkeit für den Ge- danken Sr. Maj. des Kaisers und Königs empfänglich ist, Sie doch bedauert, einen Kardinal der hl. römischen Kirche, auch wegen der augenblicklichen Umstände des hl. Stuhles, nicht autorisiren zu können zur Annahme eines so delikaten und wichtigen Amtes. Auch bei dieser Gelegenheit u. s. w.

Rom, den 2. Mai 1872. — Antonelli.“

\* Berlin, 13. Mai. Reichstags-Sitzung vom 13. Mai.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Erhebung der Braumalzsteuer.

Bevor in die Diskussion eingetreten wird, macht Abg. v. Mal- lindrodt auf die Bestimmungen des Art. 35 Abs. 1 und 2 Abs. 2 der Verfassung aufmerksam, kraft deren die Abgeordneten von Bayern, Württemberg und Baden bei der Beschlussfassung über diese Vorlage sich der Abstimmung enthalten müßten.

Abg. v. Hoyerbed widerpricht dieser Behauptung; nicht die an- gezogenen Bestimmungen für sich allein, sondern im Zusammenhang mit den anderen Artikeln müsse man beachten. Es gebe hier nur Vertreter des Reiches, keine Vertreter der Bayern oder Württemberger, und nichts wäre schädlicher, nichts ein so trauriges Schauspiel, als ein litio in partes bei dieser Gelegenheit.

Abg. v. Mallindrodt wiederholt, daß der vorliegende Fall unter Art. 28 der Verfassung gehöre. (Dieser Art. 28 Abs. 2 lautet: „Bei der Beschlussfassung über eine Angelegenheit, welche nach den Be- stimmungen dieser Verfassung nicht dem ganzen Reich gemeinschaftlich ist, werden die Stimmen derjenigen Mitglieder gezählt, die in Bundes- staaten gewählt sind, welchen die Angelegenheit gemeinschaftlich ist.“) Da die Geschäftsordnung nichts über diesen Fall vorschreibe, so müsse man die Beratung aussetzen und eigentlich die Angelegenheit an die Geschäftsordnungskommission verweisen.

Abg. Windthorst: Jeder Beschluß, der unter Mitwirkung des Säbends in dieser Frage gefaßt werde, sei null und nichtig. Der Bun- desthath müsse sich über diese Frage äußern.

Abg. Löwe: In der Kommission hat sich ein großes Gefühl der Gemeinschaft zwischen Nord und Süd gezeigt, ja selbst aus Elsaß- Lothringen sind Petitionen gekommen. Sollte der Gegenstand als litio in partes behandelt werden, so müßte der Antrag in erster Be- ratung gestellt werden, und nicht jetzt, wo diesem oder jenem die Sache unangenehm wird.

Abg. Lasker: Ich bin reichlich ein eben so großer Freund der deutschen Einheit, wie die Hrn. v. Hoyerbed und Löwe, aber ich muß der Wahrheit die Ehre geben und den Protest v. Mallindrodt als völlig berechtigt anerkennen. Das Alinea 2 des Art. 35 läßt keine andere Auslegung zu, als er ihm gegeben hat. Bei Beratung der Verfassung habe ich die Aufnahme dieses Artikels sehr bedauert, aber ich habe trotzdem der Verfassung zugestimmt und muß sie an meinem Theil ausführen. Das entferntere Interesse, welches die Herren aus Süddeutschland an dem Zustandekommen dieses Reichsgesetzes haben, berechtigt sie noch nicht, mit abzustimmen über denselben. Nur den ein- zigen Einwand habe ich gegen den Mallindrodt'schen Antrag, daß er sagt, dieses Gesetz gehöre zu denjenigen Angelegenheiten u. s. w. Ich denke, wir beschränken uns auf den einen Fall, der uns praktisch vorliegt, und konstatiren nicht überflüssiger Weise, daß es noch andere Angelegenheiten gibt, in denen die litio in partes eintreten kann. Viel- mehr sollten wir darauf sehen, daß wir möglichst bald durch Aufhebung

der Reservatrechte die Scharte ausweken, welche der Verfassung noch anhaftet.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Bei Finanzgesetzen, die durch ihren Einfluß auf die Matrikularbeiträge das ganze Reich in Mitleidenschaft ziehen, darf meines Erachtens Alinea 2 des § 35 nicht Platz greifen. Uebrigens können wir über die Frage gar nicht mehr beschließen, da wir sie schon entschieden haben. Bei dem Beschluß in erster Lesung, die Vorlage einer Kommission zu überweisen, haben Süddeutsche ohne Widerspruch mitgewirkt.

Abg. v. Mallindrodt modifizirt seinen Antrag dahin: der Reichstag wolle beschließen, zu erklären, daß bei der Beschlussnahme über den die Braumalzsteuer betreffenden Gesetzentwurf nach Art. 28 der Verfassung die Stimmen der Abgeordneten aus Bayern, Württem- berg und Baden nicht mitzuzählen sind.

Abg. Windthorst (Meppen): Ob bei dem Beschluß, die Vor- lage einer Kommission zu überweisen, die Süddeutschen mitgestimmt haben, weiß ich nicht, wenn es aber geschehen ist, so waren das eben nur präparatorische Formalien, die in der Sache nichts entscheiden.

Abg. Lamey: Wir Süddeutschen sind in einer ziemlich delikaten Lage. Die einen Herren sind so freundlich oder so unfreundlich, und nicht mehr hier haben zu wollen, die andern besitzen zu viel Bärtlich- keit für uns, und festhalten. Es versteht sich von selbst, daß wir uns vor Beratung des Gesetzes die Frage schon vorgelegt haben: ob bleiben, ob gehen? und daß wir auch unsere politischen Freunde aus Norddeutschland konsultirt haben, von denen die einen dieser, die anderen jener Meinung waren. Wir selbst stellten uns ungefähr auf den Standpunkt des Präsidenten; wir wollten nicht gehen, bevor uns ein Beschluß des Hauses dazu zwang. Der Reichstag sollte der ganze Reichstag bleiben, wenn er sich nicht aus eigenem freien Entschluß zu einer Interessenvertretung Norddeutschlands machte. Deshalb berietben und stimmten wir bei der ersten Lesung des Gesetzes mit. Ich hätte nun gewünscht, die Sache wäre heute nicht angeregt worden; hätte Anwesenheit hätte dem Braugesetz wohl kaum geschadet. Aber da die Frage einmal aufgeworfen ist, so müssen wir Stellung zu ihr nehmen, und erklären demgemäß, daß wir nicht berechtigt sind, über die Vor- lage zu beraten. (Rufe: Nur nicht beschließen.) Wenn wir nicht be- schließen dürfen, so dürfen wir auch nicht beraten; so viel Interesse nehmen wir an Ihren Angelegenheiten nicht. (Große Heiterkeit.) Die Verfassung hat einmal in gewissen Dingen ein verschiedenes Interesse für den Norden und für den Süden konstatirt; Dem müssen wir uns fügen, und der Abgeordnete für Meppen braucht nicht zu fürchten, daß wir ihn zu majorisiren beabsichtigen.

Abg. Römmer (Württemberg) tritt mit schwerem Herzen den An- sichten Lasker's und Lamey's bei; der gewandteste Dialektiker könne das Alinea 2 des Art. 35 nur im Sinne Mallindrodt's auslegen. Auch die Autorität der Kommission habe schon so entschieden, indem sie im Eingang ihres Berichts ausdrücklich konstatire, daß Bayern, Württemberg, Baden und das Reichsland rücksichtlich der Abgabe von Bier von der legislativischen und finanziellen Gemeinschaft des Reichs ausgeschlossen seien.

Das Haus tritt dem Antrage Mallindrodt's bei und erklärt damit, daß bei der Beschlussfassung über dieses Braumalzsteuer-Gesetz die Stimmen aus Bayern, Württemberg und Baden nicht mitgezählt werden sollen. Der Abg. v. Hennig beantragt die Konstatirung der Beschlussfähigkeit des Hauses; der Antrag hat aber keine Folgen, nachdem der Präsident erklärt hat, daß nach Abzug der 79 Stimmen aus Süddeutschland die absolute Majorität nur noch 152 beträgt und daß diese Anzahl bei der Beschlussfassung anwesend war.

Das Haus tritt in die Beratung ein. Der § 1 enthält die Steuer- sätze für Malz und für die Surrogate.

Abg. Sombar hält diese Surrogatsteuer für Zucker mit 1 Thlr. 10 Sgr. für zu hoch und schlägt den Satz von 1 Thlr. pro Zentner vor. Nach längerer Diskussion, und nachdem der Berichterstatter v. Zedlitz die Vorschläge der Kommission verteidigt, wird der Namensantrag vorgenommen, weil Abg. Richter die Beschlussfähig- keit des Hauses bezweifelt hatte. Das Resultat des Aufrufs ergibt die Anwesenheit von 160 Mitgliedern; das Haus ist also beschluß- fähig und schreitet zur Abstimmung über § 1 und die Amendements. Der § 1 wird in folgender Fassung angenommen: „Die Braumalzsteuer wird von den nachbenannten Stoffen, wenn sie zur Bereitung von Bier verwendet werden, zu den folgenden Sätzen erhoben: 1) von Getreide (Malz), Schrot u. c. mit 20 Sgr.; 2) von Reis (gemahlen oder ungemahlen) u. s. w. mit 20 Sgr.; 3) von grüner Stärke, d. h. von solcher, die mindestens 30 Prozent Wasser enthält, mit 20 Sgr.; 4) von Stärke, Stärkemehl (mit Einschluß des Kartoffel- mehls) und Stärkekugeln (Dextrin) mit 1 Thlr. 5 Sgr.; 5) von Zucker aller Art (Stärke, Trauben- u. Zucker), sowie von Zuckeraus- löshungen mit 1 Thlr. 10 Sgr.; 6) von Syrup aller Art mit 1 Thlr. 7 Sgr.; 7) von allen anderen Malzsurrogaten mit 1 Thlr. 10 Sgr. pro Zentner. Dem Bundesthath bleibt es jedoch überlassen, im Wege der Verordnung den Steuerfuß für solche Stoffe nach Maßgabe ihres Brauwertes in geringerer Höhe zu bestimmen, vorbehaltlich der nach- träglichen Genehmigung des Reichstages. Gemischte verschiede- nerer Stoffe, welche als solche zur Verweizung (§ 3) gestellt wer- den, unterliegen dem Steuerfuß des darin enthaltenen höchststeuer- ten Stoffes.“ § 2 wird ohne weiteres angenommen. Die §§ 3 bis 20 werden mit einigen von Abg. Krieger (Lauenburg) vorge- schlagenen Modifikationen genehmigt, die §§ 21 bis 44 ohne weiteres angenommen, schließlich auch Petitionen, welche zu dem Entwurfe ein- gegangen waren, erledigt. Schluß der Sitzung.

o Berlin, 13. Mai. Die Soirée, welche am Samstag bei dem Fürsten Bismarck stattfand, war sehr zahlreich besucht. Wie verlautet, hat sich das Befinden des Fürsten in neuerer Zeit wesentlich gebessert. Deshalb ist auch über den Beginn des demselben ertheilten längeren Urlaubs noch keine bestimmte Entscheidung getroffen. Der Reichskanzler begibt sich demnächst auf seine pommer'schen Besitzungen, um daselbst das Pfingstfest zu verleben. Von den Wirkun- gen dieses ländlichen Aufenthalts sind die Entschlüsse über den in Aussicht genommenen Kurgebrauch abhängig.

Der Kultusminister Dr. Falk hat Männer verschiedener Lebensstellungen zu einer Konferenz berufen, deren Auf- gabe es sein soll, eine Reform des Seminar- und des Volksschulwesens in Erörterung zu ziehen. Auf dieser Konferenz wird der Geh. Ob. Regierungsrath Stiehl, dessen Abschiedsgesuch vorläufig nicht genehmigt worden ist, die Grundsätze und Einrichtungen des bisherigen Systems zu vertreten haben. Auch die Frage wegen einer Revision der be- kannten Schulregulative kommt dabei zur Erwägung. Die

Verhandlungen der Konferenz, welche alsbald zusammentritt, sollen überhaupt sehr umfassender Natur sein, damit sich aus allseitigen Betrachtungen des wichtigen Gegenstandes er- gebe, wo und wie im Ganzen oder im Einzelnen Reformen als nothwendig erscheinen.

Dem deutschen Bundesthath sind neuerdings wieder mehrere Vorlagen zugegangen. Unter denselben befindet sich ein Gesetzentwurf über die Disziplinarbefugnisse, welche dem Reichs-Oberhandelsgericht gegen Rechtsanwälte und Advokaten zustehen sollen. Ein anderer Gesetzentwurf be- trifft das in Elsaß-Lothringen einzuhaltende Verfahren bei Zwiderhandlungen gegen die Zollgesetze und gegen die Gesetze über die indirekten Steuern. Ein Antrag Preußens bezweckt die Vereinfachung der Liquidationen für die Zoll- verwaltungsstellen sowie die Erhöhung der Pauschsummen- Vergütung und die Gewährung einer Vergütung für die von den Zollvereins-Regierungen bisher aus eigenen Mit- teln bestrittenen Ausgaben, welche mit der Zollverwaltung an den Grenzen verbunden sind.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 13. Mai. (N. Fr. Pr.) Die Früchte der Kaiser- reise in der Form praktischer Regierungsmaßnahmen greif- bar zu gestalten, war den Ministerialraths-Sitzungen, die unter dem Vorsitze des zurückgekehrten Monarchen in Ofen stattfanden, vorbehalten. Zunächst bildeten den Gegenstand der Beratungen des ungarischen Ministeriums die Maß- regeln, welche für die Nothstandsgegenstände zu ergreifen sind. Die bezüglichen Beschlüsse beschränken sich, so weit sie in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, darauf, den von der Ueberschwemmung heimge suchten Gemeinden Staatsdarlehen zu geben, mit der Staatshilfe den Kanalisirungsunterneh- mungen beizuspringen und den Bau der Nothstands-Eisen- bahnen in Angriff zu nehmen. Nicht minder wichtig ist der von Sr. Maj. genehmigte Ministerbeschluss, daß mit der Provinzialisirung der Banater Militär- grenze und ihrer Einverleibung in Ungarn sofort begon- nen werden soll. Bloß hinsichtlich der Justizpflege wird insofern eine Ausnahme stattfinden, als das bestehende österreicherische bürgerliche Gesetzbuch nicht durch das lüden- hafte, veraltete ungarische Gewohnheitsrecht abgelöst werden wird. Durch Einverleibung dieser Gebietstheile wird die vollständige Territorial-Integrität Ungarns zu einer vollen- deten Thatsache, und Ungarn erhält einen Umfang, wie es ihn seit der Schlacht von Mohacs nicht befehen hat. Wie uns ferner gemeldet wird, unterzeichnete der Kaiser vor seiner Abreise von Ofen das Einberufungskreistript für den ungarischen Reichstag. Die Wahlen erfolgen in der Zeit vom 20. Juni bis 5. Juli; der Reichstag aber wird erst Ende August eröffnet werden.

Wien, 13. Mai. Der Kultus- und Unterrichtsminister v. Stremayr hat an sämtliche Ordinariate einen Er- laß über die gerichtliche Verfolgung jener Geistlichen gerichtet, welche die Kanzel zu politischen Zwecken miß- brauchen.

Wien, 13. Mai. Aus Konstantinopel trifft eine wichtige Mittheilung ein: Der Sultan hat den biskeuren, aber doch sehr eindringlichen Vorstellungen der befreundeten Mächte Rechnung getragen und den Plan der Veränderung der Thronfolge allerdings nicht bestimmt und für alle Zeiten aufgegeben, aber doch auf seine Aus- führung einstweilen verzichtet. Er will die Dinge aus sich selbst heraus reifen lassen, und nur mit den jeher Regierung zu Gebot stehenden Einflüssen nachhelfen, Ein- flüssen, denen vor allen Dingen die hier in erster Reihe in Betracht zu ziehenden Alema's schon jetzt sich keines- wegs in dem Maße unzugänglich gezeigt haben, als man Anfangs gerechnet. Für die nächste Zeit aber wird die Frage, wie gesagt, von der Tagesordnung gestrichen werden.

### Schweiz.

\* Bern, 14. Mai. Das Ständevotum ist im Nähern folgendes: Bern, Zürich, Glarus, St. Gallen, Schaffhau- sen, Basel, Thurgau, Aargau, Solothurn. 9 Stimmen: Ja. Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Appenzell, Valais, Genéve, Waadt, Freiburg, Neuchâtel, Graubünden, Tessin. 13 Stimmen: Nein.

### Frankreich.

Paris, 13. Mai. (Röln. Z.) Es ist also jetzt anerkannt, daß die Rede des Generals Chanzy „ein oratorisches Mei- sterstück“ und der ruhmvolle Beginn einer messianischen Lauf- bahn dieses bewährten und beehrten Haudbezugs gewesen ist; nicht mehr und nicht weniger! Die Republikaner be- grüßen in diesem Krieger den von der Vorjehung gefandten Retter der Republik, der, geeigneter als Grévy oder gar Mac-Mahon, der begnadete Mann sei, dem die Mission zugefallen, nach Thiers die republikanische Staatsform über den Wassern zu halten. Die Leute von der Rechten aber erblicken in der plötzlichen Gloire, die das Haupt des Ge- nerals umstrahlt, zum mindesten eine Bürgschaft dafür, daß er den Staat „vor der Pestilenz des Radikalismus“ zu be- wahren und Gambetta den Daumen aufs Auge zu halten wissen werde, wenn Hrn. Thiers etwas Menschliches bege- gen sollte. Auf diese Weise sieht man von rechts und links in General Chanzy eine Art Schutzengel mit dem feurigen Schwert, und von beiden Seiten ist man bemüht, seine Popularität zu erhöhen. Der also Erhobene ist nicht ohne Ehrgeiz, und wenn auch seine politischen Fähigkeiten erst aus der jüngsten Hecke stammen, so wird ihn das wenig hindern, sich über kurz oder lang selbst für den partiellen Retter Frankreichs zu halten. Da wäre denn also ein Nachfolger für Thiers gefunden, der mit hervorragender parlamentarischer Stellung einen großen Einfluß auf die Armee verbände, zwei Eigenschaft, die sonst selten zusam- men gefunden werden. — Der Verteidiger von Straßburg, General Urich, hat jetzt auch an den Präsidenten der Republik geschrieben, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden.



Badische Chronik.

\* Karlsruhe, 15. Mai. In der öffentlichen Sitzung vom 15. Mai 1872 wurden für das zweite Quartal gezogen folgende

1) Hauptgeschworene. Theodor Compter, Konditor von Karlsruhe, Gustav Wolf, Privatmann von Baden, Ernst Zorn, Landwirth von Gutingen, Johann Schumacher, Gastwirth von Menzingen, Ludwig Brombacher, Kaufmann von Karlsruhe, Felix Krämer, Holzhandler von Bruchsal, Johann Bäsner, Müller von Brötzingen, Eduard Broggie, Kaufmann von Dettlingen, Ludwig Schaler, Kaufmann von Jöhlingen, Karl Krapp, Kaufmann von Raßatt, Friedrich Lindenmeyer, Landwirth von Nussbaum, Heinrich Marbach, Gastwirth und Gemeinderath von Pfeggenheim, Ludwig Salling, Bürgermeister von Raßatt, Friedrich Schöpf jun., Bürgermeister von Deschelbronn, Joseph Viefel, Hofbuchhändler von Karlsruhe, August Friedrich Kopp, Kaufmann von Pforzheim, Christoph Wagner, Bierbrauer und Bürgermeister von Brötzingen, Johann Henrich, Badinbaker von Bruchsal, Jakob Lichtenberger, Schuster von Bauerbach, Wilhelm Kormüller, Gastwirth von Rippurr, Ludwig Mauderer, Bäcker und Bürgermeister von Döbighausen, Ludwig Post, Materialist von Karlsruhe, Wilhelm Balzer, Steinbruchbesitzer von Untermuschelbach, Theodor Hermann, Kaufmann von Karlsruhe, Theodor Baumann, Kaufmann und Gemeinderath von Königebach, Karl August Schneider, Generalagent von Karlsruhe, Theobald Fischer, Gerber und Gemeinderath von Gernsbach, C. Wilhelm Nagel, Rechner von Blantenloch, Gottfried Gräß, Landwirth und Gemeinderath von Niefen, Salomon Beck, Schreiner- und Bürgermeister von Diebelsheim.

2) Ersatzgeschworene. Wilhelm Köllig, Spielwaaren-Händler, Wilhelm Klose, Maler, Wilhelm Prinz, Hofmeyer, Karl Fleb, Postamtenier, Kamill Madlot, Buchhändler, Friedrich Krutina, Forststrah, Eduard Maier, Ofenfabrikant, Heinrich Schnabel, Kaufmann, sämmtlich von Karlsruhe.

Die Verhandlungen beginnen voraussichtlich am 17. Juni l. J., wobei eine größere Anzahl von Fällen zur Aburtheilung kommen wird.

Freiburg, 14. Mai. (Oberb. K.) Bei der gestern stattgehabten zweiten Immatrikulation an unserer Hochschule wurden 21 neu angekommene Studierende immatriculiert, macht also mit den das letzte Mal immatriculierten 16 im Summa 37. Da noch einige weitere Studierende vorgemerkt sind, so wird noch eine dritte Immatrikulation stattfinden.

Ueber das diesjährige Hebel-Fest in Hausen i. Wiesenthal, dem Geburtsort des alemannischen Dichters, berichtet die in Basel erscheinende „Schw. Gr.-Post“: Bei strömendem Regen und trotz einer wahrhaft lateinermäßig niedrigen Mai-Temperatur trafen auch in diesem Jahre mehrere Badler Hebel-Freunde in Hausen ein, um nun zum zwölften Male, aus den Mitteln der Badler Hebel-Stiftung die zwölf „alten Männer“ zu speisen und mit einer Glasche gutem Alten zu laben. Es sind ihrer aber eigentlich nur elf Gevire; denn der zwölfte ist den Statuten gemäß der Hr. Bürgermeister von Hausen und der steht noch in den besten Jahren. Jene elf aber zählen zusammen das hübsche Lebensalter von 779 Jahren. Trotz der gestrigen Herren Pancrazi und Serwazi, deren Eheschlauch man schon drei Tage vorher durch Ueberzieher und Zimmerwände verpflanzte, herrschte in dem Festkreise eine behagliche, warm-herzliche Temperatur: es feierte nämlich einer der Alten, der „Kochmeister“ Joh. Mich. Greiner, geboren 1794, seine gelobte Hochzeit mit Marie Kath. Studer, geboren 1799; mit ihnen eine Nachkommenschaft von acht lebenden Kindern, sieben Schwiegerkinder und Schwiegerkinder und sieben Enkelkinder, von denen Eins, ein schmuckes Marggräverl Maibli, überdies einen stattlichen Herrn Unteroffizier mit der Kriegsmedaille auf der Brust als fünfjährigen Zuwachs der Familie sich anmerkt hatte. Die Alten hatten auf das Dringen von Nachbarn und Freunden einwilligen müssen, daß das stille Familienfest zu einem Feste der ganzen Gemeinde wurde. Nach dem vom Ortsparter würdig und warm geleiteten Gottesdienst ging es mit Musik und unter Bällerschüssen in das Schulhaus: dort ließ der Großherzog durch den Hrn. Pfarrer mit dem in Baden üblichen Ehrengeschenk von drei Dufaten gratuliren und auch die Badler Hebel-Stiftung brachte dem Jubelpaar eine Festgabe von neuen blanken Helvetia-Thalern, die außer der Bank seit 1853 noch kaum Jemand in Händen gehabt hatte. Es folgten dann die übliche Vertheilung von Hochzeitsgaben an zwei neuerwählte Hausener Frauenli, und von Hebel's Gebirgen an vier brave Schulkinder, die das, wie auch üblich, durch Vortrag Hebel'scher Gedichte erst verdienen mußten; und dann ging es, wie wiederum üblich, zum Festmahle beim „Lindenwirth“. Die zwölf „Alten“; die ehrsame Bürgerchaft von Hausen; die Hochzeitsteute — und Gäste von der siebenzigjährigen Brautjungfer und dem Hrn. Gegenschwager an bis zu den ehestufigen vier- und sechszehnjährigen Entlehen, geschnitten mit Martenkrantz und Maizen; und endlich die Badler und Schopfleimer Festbesucher: alles Das bildete eine bunte gemüthliche Tafel. Es wurde manch ernstes und manch heiteres Wort gesprochen und gelungen. ... Als wir Badler — diesmal der Pancrazius-Zustände wegen, früher als sonst wohl — uns auf den Heimweg machten, nahmen wir die Ueberzeugung mit, daß die sinnig einfache Hebelfeier in jenem lieblichen Thalwinkel nicht einmal durch ein Wetter, wie wir es am Freitag hatten, zu ruiniren ist. Immerhin aber wäre es erwünscht, wenn bei den nächsten goldenen Hochzeit, die dort zu feiern ist — und es stehen noch ein Paar in Aussicht, wenn es Gott gibt — die Frau Sonne lieber so hell und warm dazu schiene, wie am unvergeßlichen 10. Mai 1860. Die eingeborenen Hochzeitsteute und Gäste sollen sich am Abend noch zum Tanz haben aufspielen lassen, vermuthlich das bekannte „Und als der Großvater die Großmutter nahm, da war der Großvater ein Bräutigam“. Es sei bis tief in die Nacht lustig berggegangen — doch in Ehren! — und wenn sie damit noch nicht zu Ende sind, so tanzen sie noch.

Vermischte Nachrichten.

— Eine am Himmelfahrtstag in Ailen stattgehabte kirchliche Volksversammlung beschloß einstimmig, eine Adresse an den Reichstag zu Gunsten der Jesuiten zu richten.

Nachricht.

† Berlin, 14. Mai. Der Reichstag trat gleichzeitig in die Berathung des Nachtragsetats pro 1872 und des Reichsetats pro 1873 ein, genehmigte den Etat des Reichskanzler-Amtes mit Ausnahme des einstweilen ausgelegten Etats für das statistische Bureau, nahm mit erklärter Zustimmung des Staatsministers Delbrück den An-

trag Frankenberg's an, betreffend die Verwilligung von 16,000 Thalern für das germanische Museum in Nürnberg, und genehmigte ferner die Etats für das Reichstags-Bureau, die Oberrechnungskammer und das Oberhandelsgericht. Nach Verwilligung von 500,000 Thalern für die Straßburger Universität in einem Extraordinarium folgt die Berathung des Etats für das auswärtige Amt.

Löwe beantragt Streichung des Botschafterpostens in Rom; Bennigsen Errichtung eines durch die Abweisung Hohenlohe's von Seiten der Kurie nothwendig gewordenen Berufs-Generalkonsulats.

Fürst Bismarck erklärt hierzu: Die letzten Vorgänge mit der päpstl. Regierung überzeugten, daß es einem Gesandten schwer werden wird, was die Anschauungen des Papstes in seiner äußern Stellung betrifft, ein Verständniß mit Rom zu erzielen. Ein Gesandter hat jedoch weitere Pflichten. Die letzten vom Papste ausgesprochenen Dogmata machen es jeder Regierung unmöglich, auf dieser Grundlage zusammenzugehen. Die deutsche Regierung wird dies nicht; denn, meine Herren, darüber seien Sie außer Sorge: nach Canossa gehen wir nicht — weder staatl. noch kirchl. (Diese letzten Worte gehen unter dem Sturm des Beifalls fast unter.) Den getriebenen Verhältnissen zwischen den Konfessionen des engeren Vaterlandes gegenüber ist es nothwendig, und es ist dies mein Streben, die ganze Frage durch ein Reichsgesetz zu lösen, welches durch Gewährleistung vollständiger Gewissensfreiheit die Gemüther beruhigt. Vielleicht wird dann die Quelle der Nachrichten nach Rom lauterer fließen und der Papst von unsrer verhältnißlichen Gesinnungen überzeugt sein. Der Fall, daß ein Gesandter abgelehnt wurde, ist nicht häufig. Es ist ein Akt der Courtoisie, daß eine Regierung bei der andern anfragt, ob ein Gesandter angenehm sei. Der anfragende Regent hat dann aber bereits eine definitive Bestimmung getroffen. Während 21 Jahren meiner Thätigkeit in der höhern Diplomatie ist dieses der erste Fall, wo eine solche Anfrage verneinend beantwortet worden. Die Ablehnung betrübte mich umsomehr, als ich in der betreffenden Person ein Mittel, verständlichere Anschauungen herbeizuführen, vermutete. Diese Betrübnis gibt mir jedoch kein Recht zur Empfindlichkeit, und die Rücksicht auf die katholische Bevölkerung wird maßgebend für die Ernennung eines neuen Gesandten sein. Ob dieser sowie der Abgewiesene geeignet sein wird, eine Verständigung anzubahnen, bezweifle ich, jedenfalls ist das Aufsuchen eines solchen schwieriger.

Auf eine bezügliche Bemerkung in der vorhergehenden Rede Windhorst's erwiedert Fürst Bismarck, daß die Nachricht von der erfolgten Ablehnung des Kardinals Hohenlohe erst dann in die Oeffentlichkeit gelangt sei, als der italienische Gesandte in einer offiziellen Note angezeigt habe, daß die Kurie die Ablehnung einem fremden Gesandten mitgetheilt habe. Dann habe er die Discretion nicht länger wahren zu dürfen geglaubt. Die Verträge mit Rom, auf welche Windhorst hingedeutet, würde er entschieden zurückweisen, wenn Redner solche Verträge meine, bei denen beanprucht werde, daß das Reichsgesetz für gewisse Reichsangehörige nicht gelte. Nach Schluß der Diskussion wird der Löw'sche Antrag auf Streichung des päpstl. Botschafterpostens abgelehnt und die Position für den Botschafter mit sehr großer Majorität bewilligt.

† Berlin, 15. Mai. Dem Vernehmen nach wird Fürst Bismarck nur die Pfingstfeiertage in Barzin zubringen, dann hieher zur Heilnahme an den Arbeiten des Reichstages zurückkehren und erst Anfang Juni einen längeren Urlaub antreten.

□ Berlin, 14. Mai. Mittheilungen französischer Blätter lassen keinen Zweifel darüber, daß Hr. Thiers sehr eifrig bestrebt ist, Unterhandlungen über eine beschleunigte Abtragung des Restes der Kriegsschuldung und über eine baldige Räumung der noch von deutschen Truppen besetzten Gebietstheile Frankreichs herbeizuführen. Hiesigen Versicherungen zufolge entbehren aber alle diejenigen Nachrichten der Begründung, welche von neueren Kundgebungen der deutschen Politik in dieser Angelegenheit sprechen. Der deutsche Botschafter in Versailles ist nicht ermächtigt, darauf bezügliche sachliche Erklärungen abzugeben. Er hat lediglich den Auftrag, die betreffenden Aeußerungen der französischen Regierung ad referendum zu nehmen. Demnach kann von einer schon erfolgten Anknüpfung solcher Unterhandlungen mit Grund noch gar keine Rede sein.

† Leipzig, 14. Mai. Außer den vom Handelsstage genehmigten Anträgen betreffend die Uebertragung des Rechts der Notenausgabe an nur eine große Centralbank sowie über die Umwandlung der preussischen Bank in eine allgemeine deutsche Reichsbank wurde ferner mit 58 gegen 20 Stimmen der Antrag des Ausschusses genehmigt, daß die bereits ertheilten Privilegien zur Ausgabe von Noten erhalten bleiben sollen, aber nicht erweitert werden dürfen.

Der Handelsstag beschloß in seiner heutigen zweiten Sitzung, daß die kleinste Banknote, welche zur Ausgabe gelangt, nicht unter den Betrag von 100 Mark herabgehen dürfe, und daß das Staats-Papiergeld allmählig ganz abgeschafft werden müsse. Bei der Debatte über die Eisenbahnen wurden in allen wesentlichen Punkten die Ausschussanträge angenommen. Ueber die Frage des Uebergangs der Privat-Eisenbahnen in die Hände des Staates beschloß der Handelsstag Uebergang zur Tagesordnung.

† Bern, 14. Mai. Der Bundesrath beschloß, die Bundesversammlung auf 27. d. M. einzuberufen beauftragt Entgegennahme des Resultats der Volksabstimmung über die revidirte Bundesverfassung.

† Versailles, 14. Mai. Nationalversammlung. Hüntjens bringt einen Gesetzentwurf ein, durch welchen die Kommission zur Untersuchung der Kapitulationen auch mit der Prüfung der Kapitulation von Paris betraut

wird. Die Versammlung erklärt mit großer Majorität die Dringlichkeit. Es folgt die Berathung über den Postvertrag mit Deutschland. Derselbe wird von Rouher befürwortet. Ein Antrag Ravinel's, mehrere Artikel des Vertrags an die Kommission zurückzuverweisen, wird beinahe einstimmig verworfen, der Vertrag hierauf mit großer Majorität angenommen. — Der Finanzminister legt sodann das Budget pro 1873 vor.

† Paris, 15. Mai. Das „Journ. officiel“ meldet die Ernennung des Hrn. v. Roailles zum Gesandten in Washington, des Hrn. Ferry zum Gesandten in Athen, des Hrn. Gobineau zum Gesandten in Stockholm und des Hrn. v. Gabriac zum Gesandten im Haag.

† Madrid, 14. Mai. Amtliche Telegramme aus Navarra melden, daß die einzige noch existirende Bande, die von Garassa, durch General Moriones verfolgt wird.

† London, 14. Mai. Kaiserin Augusta ist heute Vormittag 9 1/2 Uhr, vom Prinzen Arthur begleitet, nach Dover abgereist. Bei ihrer Abfahrt nach Ostende, welche mit der könlgl. Dampfschiff „Maid of Kent“ erfolgte, war eine Ehrenwache am Landungsplatze aufgestellt und vom Fort wurden Salutsschüsse abgefeuert. — Das Unterhaus hat sich bis zum 27. d. vertagt.

† London, 14. Mai. Auf eine bezügliche Anfrage Gilpin's wurde in der gestrigen Unterhaus-Sitzung von Lord Enfield die Erklärung abgegeben, die Regierung habe sich zu Durchführung der vom Unterhause im vorigen Jahre betrefens Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels gemachten Vorschläge an Deutschland, Frankreich, Nordamerika und Portugal gewandt; Nordamerika und Frankreich hätten den gemachten Vorschläge pure zugestimmt, Deutschland sei unter gewissen Bedingungen zu einer Kooperation mit England bereit, die Antwort Portugals stehe noch aus, werde aber in der Kürze erwartet.

Frankfurter Kurzzettel vom 15. Mai.

Table with columns for Staatspapiere, including entries for Deutschland, Preußen, Baden, Bayern, Württemberg, Nassau, Sachsen, and Oesterreich with various interest rates and values.

Table with columns for Aktien und Prioritäten, listing various banks and financial institutions like Badische Bank, Frankf. Bank, Darmstädter Bank, etc., with their respective shares and interest rates.

Table with columns for Anleihenloose und Prämienanleihen, listing various bonds and interest rates for different regions and currencies.

Table with columns for Wechselkurse, Gold und Silber, listing exchange rates for various locations like Amsterdam, Berlin, Bremen, Hamburg, London, Paris, and Vienna.

Stimmung: fest.

Berliner Börse. 15. Mai. Kredit 194 1/2, Staatsbahn 214 1/2, Lombarden 117, 82er Amerikaner 96 1/2, Rumänier 52 1/2, 60er Loose 91 7/8, etc.

Wiener Börse. 15. Mai. Kredit 326.60, Staatsbahn 363, Lombarden 195.70, Papierrente 64.30, Napoleonsr. 8.98 1/2, Ungar. bankakties 297, etc.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Krenlein.

Großherzogliches Hoftheater. Donnerstag 16. Mai. 2. Quartal. 65. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: Die Zeichen der Liebe, Lustspiel in 1 Akt, von D. Rabe. Die Hagestolzen, Lustspiel von Jffland. Zu 3 Akten eingerichtet von Ed. Devrient. Anfang 7 1/2 Uhr.



